

Kirche In 09.2005

Ein Bischof im Machtrausch

Die Gefechtslage um den Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller und seinen Generalvikar Wilhelm Gegenfurtner hat sich erneut verschärft. Zwei Geistlichen wurde als Strafmaßnahme die Pension gekürzt und zwischen dem Diözesanratsvorsitzenden und dem Bischof ist ein heftiger Streit entstanden, wobei sich das Kampffeld auch nach außen verlagerte. Von Jesus und seiner frohen Botschaft keine Spur. Ein Bericht von NORBERT STAHL

Strategisch gesehen wird die Lage in dem seit zwei Jahren von Bischof Müller geleiteten Bistum Regensburg immer unübersichtlicher, obwohl dieser als kommandierender "Kapitän", als der er sich selbst versteht, sich alle Mühe gibt, der Meuterei unter der Besatzung seines Kirchenschiffes Herr zu werden, und Gegenfurtner offenbar bemüht ist, dem "General" in seinem Titel Vorrang vor dem "Vikar" zu geben. Dazu meint er auch Anlass zu haben. Hauptangriffsziel der beiden Kämpfer sind die Reformbewegung "Wir sind Kirche" und der Arbeitskreis Regensburg (AKR) mit dessen Organ "Pipeline", das ebenso kirchenkritisch wie angriffslustig ist und in dem sich sowohl Priester als auch Laien zu Wort melden.

Auf der Strecke sind bisher geblieben der von Müller vor einem Jahr entlassene Pfarrer Hans Trimpl aus Bogen- Oberalteich, der 68-jährige Pfarrer Siegfried Felber und der Liturgiewissenschaftler und Diakon Professor August Jilek, dem die Ausübung beider Tätigkeiten untersagt wurde (KI berichtete), nachdem er sich auf die Seite Trimpls gestellt hatte.

Auch der Autor dieses Berichtes hätte beinahe zu den "Opfern" gezählt, nachdem ihm ein Schreibverbot für das "Regensburger Bistumsblatt", für das er jahrelang tätig war, auferlegt werden sollte. Allerdings hatte er zu diesem Zeitpunkt seine Mitarbeit an dem Blatt bereits freiwillig eingestellt. So konnte er nicht mehr "vor die Tür gesetzt" werden wie der langjährige Chefredakteur des Bistumsblattes Klaus Christian Reiter samt Geschäftsführer, an deren Loyalität es im übrigen keinerlei Zweifel gab. Das Blatt wurde mit der Bistumszeitung der Diözese Augsburg zusammengelegt, obwohl es schwarze Zahlen schrieb.

Aktives Gehalt ist nicht gleich Pension

Pfarrer Felber wurde wegen einer Eucharistiefeier bei der Trauung eines konfessionsverschiedenen Ehepaares bestraft, das heißt, ihm wurde die monatliche Pension um 600 Euro gekürzt, sodass ihm jetzt weniger als monatlich 2000 Euro verbleiben. Auch Pfarrer Trimpl ereilte das gleiche Schicksal. Felber wurde noch unter Kuratel gestellt, indem er nur noch mit Genehmigung des Ordinariates Taufen oder Trauungen vornehmen darf. An dem beanstandeten Gottesdienst hatte kein evangelischer Geistlicher teilgenommen.

Die Regelung für Ruhestandspriester und deren Gehälter (Priesterbesoldung Art. 3 (7)) sieht bei "schweren Dienstvergehen" Disziplinarmaßnahmen. Dr. Gerhard Ludwig

Müller hat sich diese Möglichkeit geschaffen durch eine von ihm selbst vorgenommene Satzungsänderung, die von ihm am 28. November 2003 in Kraft gesetzt wurde und zwar mit Wirkung vom 1. Januar 2003 und somit um fast ein Jahr rückwirkend. (Amtsblatt für die Diözese Regensburg Nr. 15/2003. S. 166f). Keiner seiner Vorgänger hatte Ähnliches in Anspruch genommen.

Strafen, Verbote, Willkür

Beim Staat kann der Betroffene dagegen Rechtsmittel einlegen. In Bayern stehen katholische Kirche und Staat aus geschichtlichen Gründen in einem besonderen Verhältnis. Infolge eines Vertrags von 1810 überweist der Freistaat derzeit jährlich rund 37 Millionen Euro als Zuschuss für die Geistlichen der katholischen Kirche in den bayerischen Bistümern. Ein Schlachtfeld besonderer Art eröffnete sich dadurch, dass Bischof Müller eigenmächtig die Satzung des Diözesanrates änderte. Es kam zu einem Streit mit dem Vorsitzenden des Gremiums, Fritz Wallner, in den sich auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und das Landeskomitee der Katholiken in Bayern einschaltete.

Müller war von seinen bischöflichen Mitbrüdern in der Freisinger Bischofskonferenz beauftragt worden, federführend bei der Überprüfung der Satzungen für die Pfarrgemeinderäte tätig zu werden, und zwar "bezüglich ihrer ekklesiologischen Stimmigkeit", deren Notwendigkeit aufgrund der positiven Tätigkeit der Räte zu bezweifeln ist.

Der Regensburger Bischof stellte Satzung und Wahlordnung unter den Vorbehalt, "dass die freie Ausübung der dem Diözesanbischof nach göttlichem Recht (jure divino) zukommenden ordentlichen, eigenberechtigten und unmittelbaren geistlichen Gewalt gewahrt bleibt". Zum anderen fügte er in der Wahlordnung zu den bisher geltenden Bedingungen, wonach die Kandidaten ein Leben führen müssen, "das dem Glauben und dem zu übernehmenden Dienst entspricht" den Passus ein, dass es auch "in Einklang ist mit der Lehre und den Grundsätzen der katholischen Kirche". Und der eigentliche Knackpunkt: "Gegenteiliges Verhalten führt zum Verlust des passiven Wahlrechts bzw. zum Ausschluss aus dem Pfarrgemeinderat durch den Bischof." Das kann zum Beispiel in der von Müller heftig bekämpften Mitgliedschaft bei "Wir sind Kirche" sein, die er seinen Priestern bereits strikt untersagt hat.

Die Laienvertreter im Bistum Regensburg sahen sich in ihren Mitsprachemöglichkeiten bei der Satzungsänderung übergangen. Der Diözesanratsvorsitzende Wallner protestierte in einem Schreiben an den Bischof. Die Satzung für die Pfarrgemeinderäte sehe nämlich folgendes vor: "Änderungen für die Pfarrgemeinderäte in der Diözese Regensburg werden mit Zwei-Drittel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Diözesanrates ... beschlossen. Sie bedürfen der Zustimmung des Diözesanrates und werden von ihm in Kraft gesetzt."

Machtruf statt Dialog

Wallner schrieb Bischof Müller außerdem: "Auf die Einhaltung der Rechtsnormen müssen sich die Normsetzer ebenso verlassen können wie die Adressaten. Diese Einsicht gilt für die kirchliche Rechtsordnung in gleicher Weise wie für die staatliche, bei

der sie dem Rechtsstaatsprinzip entspringt. Ist die Verlässlichkeit nicht gewährleistet, schwindet zwangsläufig das Vertrauen in die Normsetzung." Wallner bat Müller "für das künftige Verfahren sehr darum, dass Sie den "Gläubigen in den Angelegenheiten der Kirche den ihnen gebührenden Anteil belassen und deren Pflicht und Recht anerkennen, aktiv am Aufbau des mystischen Leibes mitzuwirken". Er bat darum, "dass wir in einem vertrauensvollen Dialog Ihre Beweggründe für die eingeleitete Anordnung intensiv erörtern".

Das war für Gerhard Ludwig Müller ("Pipeline"-Spottname: Gröbaz = Größter Bischof aller Zeiten) zweifellos zu viel. Er ließ seinen Generalvikar Gegenfurtner Wallner antworten, der Bischof habe sich gegenüber dem Diözesanrat nicht zu rechtfertigen. "Die Satzung wird durch den Bischof in Kraft gesetzt, ohne dass er dafür an ein Votum des Diözesanrates gebunden wäre." Außerdem handele es sich nicht um eine Änderung der Satzung, sondern um das "Ausdrücklichmachen von Selbstverständlichkeiten der katholischen Glaubenslehre, gegen die leider diejenigen opponieren, die sie nicht anerkennen wollen." Volltreffer aus dem Kapitänsschiff. Wallner wurde noch der Anmaßung und Unkirchlichkeit bezichtigt.

Die Handlanger

Vollends zum Verwürfnis kam es, als sich trotz eines Verbotes durch die Bistumsleitung die Laienvertreter zu einer vierstündigen Versammlung trafen, und zwar nicht auf kirchlichem Terrain, was ihnen untersagt worden war, sondern in einem Gasthaus. Dazu Wallner: "In unserem Land herrscht Versammlungsfreiheit und auch die Kirche kennt dieses Grundrecht." Im übrigen ständen alle Teilnehmer "selbstverständlich voll und ganz zu und in unserer Kirche". Neues Geschoß: Bischof Müller entzog Wallner die Weisungsbefugnis über seine Geschäftsstelle. Der Hauptausschuss des Diözesanrates hatte eine Solidaritätserklärung zugunsten Wallners verfasst. Gegenfurtner teilte Wallner daraufhin mit, dass die Geschäftsstelle künftig unter der Leitung des Seelsorgeamtes stehe. "Dieser Verwaltungsvorgang war erforderlich, nachdem Herr Wallner das Vertrauensverhältnis gestört hat", erklärte Bistumssprecher Philip Hockerts. Zur Belebung des Gefechtes veröffentlichte das ZdK einen Briefwechsel zwischen seinem Präsidenten Hans Joachim Meyer und Bischof Müller. In Meyers dreiseitigem Schreiben heißt es, Müllers Eingriff in die Satzung sei "in Deutschland ohne Beispiel". Zudem beanspruche er einseitig die Deutung und Bewertung jeder kritischen oder eigenständigen Auffassung von Katholiken. Dies widerspreche dem Kirchenbild des Zweiten Vatikanischen Konzils. Müller erwiderte in 13 Zeilen, sein Verhalten sei sowohl durch das Konzil als auch durch das Kirchenrecht gedeckt. Meyers Position sei theologisch nicht stimmig und kirchenrechtlich nicht haltbar. Darauf wiederum Meyer, Müller wolle sich nicht mit Argumenten auseinandersetzen. In einem Jahr, in dem die Katholiken Hoffnungen auf das 40. Jubiläum des Konzils, das 30. Jubiläum der Würzburger Synode und den Weltjugendtag in Köln setzten, breche Müller ohne Not einen "absolut überflüssigen Streit vom Zaun".

Mit einer indirekten Kritik an Müllers Verhalten meldete sich auch der Münchner Diözesanratsvorsitzende Professor Alois Baumgartner zu Wort. In München habe der Kardinal neue Satzungen unterzeichnet, die in enger Kooperation mit dem Diözesanrat

erarbeitet worden seien. Unter den Kardinälen Döpfner, Ratzinger und Wetter hätten die Räte "stets jene Anerkennung und Ermutigung erfahren, die Wort und Geist des Zweiten Vatikanischen Konzils" entsprächen. Eine Wertschätzung für die Arbeit der Räte erkannte Baumgartner auch bei Benedikt XVI. Dieser hatte in einer mit dem ehemaligen ZdK-Präsidenten Hans Maier 1970 publizierten und vor fünf Jahren unverändert aufgelegten Schrift geschrieben: "Diözesanräte sind als Forum der Begegnung zu einer wertvollen Kraft geworden, die dem Bischof hilft, die unterschiedlichen Aspekte auftretender Fragen, die Stimmungen und Erfahrungen in den verschiedenen Schichten seiner Diözese wie die Möglichkeiten sinnvoller pastoraler Aktion zu erkennen und zu handeln."

General Gegenfurtner drohte allerdings mit der Auflösung des Diözesanrates. Er sagte, ob ein Diözesan- oder Dekanatsrat in der bisherigen Form weiter bestehe, sei durch die Aktion des Diözesanratsvorsitzenden Wallner "wirklich zurecht in Frage gestellt". Und dann meinte er noch, die Reaktion des ZdK-Präsidenten Meyer mache deutlich, dass der Bischof ihm zustehende ureigenste Aufgaben zurückgewinne. Diese habe sich das ZdK im Laufe der Jahre "raffiniert unter die Nägel gerissen".

Mündigkeit als Makel

Die Menschen in dem 7400 Einwohner zählenden Ort Schierling in der südlichen Oberpfalz, in dem Fritz Wallner Vorsitzender des Pfarrgemeinderates und Geschäftsführender Beamter im Rathaus ist, können die Vorwürfe gegen den engagierten Laienvertreter nicht nachvollziehen. So bezeichnet der Vorsitzende der CSU-Fraktion im Marktrat, der Arzt Dr. Josef Kindler, Wallner als "außergewöhnlichen Mann, der immer einen Weg findet, um zu helfen". Er habe nur einen Fehler: "Er ist zu geradlinig. Wenn er etwas für falsch hält, dann sagt er das auch. Er ist direkt und ein Sturkopf." Das müsste ihn eigentlich mit Bischof Müller verbinden. Der Arzt fragte noch, auch im Hinblick auf die gemäßregelten Trimpl und Felber: "Wie kann es sein, dass ehrenwerte Männer, die den Glauben bis zur Selbstaufgabe gelebt haben, vernichtet werden? Plötzlich sind sie in der Kirche Aussätzige. Das kann doch nicht sein?" Und Stilla Ramsauer, die Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes in Schierling, äußerte zu der Kritik an Wallner: "Das ist eine Riesenohrfeige für alle Laien und Ehrenamtlichen."

Der geradlinige Wallner hat wohl einen gravierenden Fehler begangen. Am 2. Januar 2002 hatte er Kurienkardinal Joseph Ratzinger brieflich gebeten, sich dafür einzusetzen, dass nach dem Ausscheiden von Bischof Manfred Müller aus dem Bischofsamt "wir in Regensburg einen neuen Bischof bekommen, der u.a. nicht nur Strenge, sondern auch Güte und Barmherzigkeit lebt". Wallner hatte dem Bischof einen erheblichen Vertrauensvorschuss gegeben, doch nach der Entlassung des Dekanatsvorsitzenden Prof. Dr. Johannes Grabmeier und der Weigerung des Bischofs, mit dem Vorstand des Diözesanrates über dieses Thema zu sprechen, sah er sich veranlasst, am Karfreitag 2003 Ratzinger erneut zu schreiben. Er teilte dem Kardinal mit: "Schon nach wenigen Monaten herrscht in unserer Diözese Unfrieden, der alles andere als dem entspricht, was an Ostern verkündigt wird. Da ist nichts von Liebe und Güte zu spüren. Alles geht den Weg der Dogmatik und des Verstandes. Das Herz bleibt

außen vor. Es hat bei einem Hochschullehrer wohl den rechten Fleck verloren. Unser neuer Bischof schreibt viel, predigt viel - spricht aber nicht mit den Menschen. Und wenn er spricht, dann sind das meistens Monologe. Einen Dialog gibt es selten."

Wallner machte sich große Sorgen und sah es als seine Pflicht an, die in der Diözese hundertfach geäußerte Sorge weiterzutragen. Er meint sodann: "Die Rechtfertigungserklärungen werden immer länger, immer häufiger werden irgendwelche Gründe nachgeschoben, der Ton wird immer unversöhnlicher. Ja, in welcher Kirche leben wir denn? Hat denn unser Herr Jesus immer Bedingungen gestellt, bevor er mit den Menschen geredet hat? Wohl nicht, denn gerade mit denjenigen hat er Kontakt aufgenommen, die nicht besonders viel von ihm wissen wollten. So eine Größe müssen (ja, müssen) auch die Nachfolger der Apostel aufweisen, denn sonst sind sie nicht würdig." Ratzinger solle doch "ein offenes Wort mit unserem neuen Bischof sprechen". Wallner zitierte dem Kardinal eine von einem früheren Kollegen Müllers geäußerte Vermutung: "Das ist erst der Anfang!" Es ist anzunehmen, dass der Brief prompt wieder in Regensburg landete.

Statt Jesus-Bote polternder Machtmensch

Was aber sagt GLM zu alledem? In einem Interview mit dem in Ingolstadt erscheinenden "Donaukurier" betonte er: "Wer die Kirche von innen oder von außen bekämpft, der bekommt in mir einen unüberwindlichen Gegner." Der Bischof müsse ein guter Hirte sein, der die Schafe auf die Weide führt. Aber er müsse auch Störungen des kirchlichen Lebens abwenden. "Es kann nicht angehen, dass man Güte mit Gutmütigkeit und Tölpelhaftigkeit verwechselt und alles laufen lässt. Mir kann keiner den Bart kraulen. Ich denke, dass man in diesem Amt auch den Mut haben muss, unpopulär und nicht populistisch zu sein." Herr Wallner habe einen "Angriff auf die Integrität des Bischofsamtes gestartet". Er übe sein Amt so aus, wie es von der katholischen Kirche vorgegeben werde. Dazu gehöre auch, "dass der Bischof die Satzungsheute ausübt".

Gegenüber der in Regensburg erscheinenden "Mittelbayerischen Zeitung" äußerte Müller, er sei keine "Galionsfigur", sondern "Lehrer, Priester, Hirte". Wenn er an Zwei-Drittel-Mehrheiten gebunden wäre, bedeute dies ja, "dass ich einfaches Mitglied des Diözesanrates" bin. Er lasse sich "weder von Priestern noch von Laien vorführen". Die Kirche sei nach göttlichem Recht und nicht nach weltlichen Gesichtspunkten organisiert. Die Autorität des Bischofs sei von Christus geprägt. In den letzten zweieinhalb Jahren habe er viele Stunden mit Wallner geredet, ihn mit einem Vertrauensvorschuss ausgestattet. "Da ist aber nichts weiter gegangen." Bistumssprecher Dominik Wanner ergänzte. Wallner solle in sich gehen und sich einer Selbstprüfung unterziehen. Eine Abschaffung des Diözesanrates stehe nicht zur Debatte.

Im "Donaukurier" war noch die Selbsteinschätzung zu lesen: "Wir lassen uns nicht auf einen schwammigen Traditionsverband reduzieren, bei dem der Bischof nur mehr der oberste Zeremonienmeister mit unverbindlichen Riten sein darf. Auf jedem Schiff gibt es einen Kapitän. Da kann keiner von der Mannschaft den Kurs bestimmen. In der Kirche hält nur einer das Steuer in der Hand: der Bischof."

In der in Würzburg erscheinenden "Deutschen Tagespost" wandte sich Bischof Müller gegen ein "vom Geist der 68er Kulturrevolution geprägtes Bischofsbild", das der Vergangenheit angehöre. "Wer nicht weiß, was das Zweite Vatikanische Konzil über das Bischofsamt schreibt, nämlich dass es Dienst ist am Heil der Menschen, der kann sich offenbar gar nicht vorstellen, wie jemand von einer geistlichen Mitte her das Bischofsamt ausübt." Aber es gehöre offenbar auch dazu, "dass der Bischof für den Glauben leiden muss und sich manchmal unmenschliche und unchristliche Beleidigungen und Beschimpfungen seitens der "Geschwisterlichen" anhören müsse. Womit die Gefechtslage geklärt wäre.
